

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100



Die politischen Folgen der Kriegsergebnisse für Europa.

Die Siege der Bulgaren hatten mit der Politik, welche die Großmächte anfänglich einhalten zu können glaubten, rasch und gründlich aufgeräumt. Die Schlachten von Kirkilisse und Eüle Burgas hatten den Status quo über den Haufen geworfen und es war nicht mehr davon die Rede, daß die Grenzen auf dem Balkan unter keinen Umständen verändert werden dürften. Die österreichisch-ungarische Regierung war die erste, die in dieser Richtung eine Schwenkung vollzog. Graf Stürgkh hatte, wie schon erzählt, im österreichischen Abgeordnetenhaus angedeutet, daß die Status quo-Politik sich nicht mehr würde halten können, daß neue Richtlinien für die Mächte gefunden werden müßten.

In den letzten Oktobertagen hatte es den Anschein, als sollte die Türkei dem Ansturm ihrer Segner vollständig erliegen, als wäre der Einmarsch der verbündeten Balkanarmeen in Konstantinopel nur noch eine Frage von Tagen. Man erwog in Europa die Möglichkeit einer Vermittlungsaktion der Mächte. Am 31. Oktober äußerte sich der englische Staatssekretär Sir Edward Grey im Unterhaus auf eine Anfrage, ob er mitteilen könne, wie die Aussichten auf eine baldige Beendigung des Balkankrieges und auf das Zustandekommen eines dauernden Friedens zwischen den Kriegführenden seien, folgendermaßen:

„Ich fürchte, ich kann nichts sagen, außer daß ich von nichts in der internationalen Lage gehört habe, was den Friedensaussichten hinderlich sein könnte, sobald die militärische Lage einen Friedensschluß möglich macht.“

Der liberale Abgeordnete King richtete nun an die Regierung die Anfrage, ob die Großmächte vor dem Ausbruch des Krieges auf dem Balkan übereingekommen seien, den Status quo aufrecht zu erhalten, ob ein solcher Beschluß den Balkanstaaten mitgeteilt worden sei, ob auf Grund der Erfolge der Verbündeten weitere

Mitteilungen über diesen Gegenstand zwischen den Großmächten ausgetauscht worden seien und ob es die Politik Großbritanniens und der anderen Großmächte sei, die territoriale Herrschaft der Türkei über Mazedonien aufrecht zu erhalten, was auch immer das Ergebnis des gegenwärtigen Krieges sein möge.

Staatssekretär Sir Edward Grey erwiderte:

„Die Antwort auf die ersten beiden Fragen ist zu bejahen und das steht nicht im Widerspruch zu den Erklärungen, welche die Balkanstaaten selbst am Vorabend des Krieges abgegeben haben. Was die dritte Anfrage betrifft, sind Mitteilungen zwischen allen interessierten Großmächten ausgetauscht worden über die Veränderung der Lage, die sich aus dem Verlauf des Krieges ergibt und im Hinblick darauf wäre es im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ratsam, irgendeine Erklärung über die Politik der britischen Regierung und der anderen Mächte zu machen, die, wie ich mit Vergnügen sagen kann, den von Anfang an eingeschlagenen Kurs, sich untereinander zu verständigen, beibehalten.“

Das Haus kann versichert sein, daß ich Erklärungen abgeben werde, so bald es möglich ist; aber ich hoffe, das Haus wird die Schwierigkeit würdigen, gesondert Erklärungen über unsere eigenen Ansichten abzugeben in dem Augenblick, wo es unser erstes Ziel ist, uns in Verbindung mit den anderen Mächten zu halten und eine Einigung mit ihnen zu fördern.“

Der Liberale King fragte noch, ob vom auswärtigen Amt Schritte unternommen wurden, um zu verhindern, daß Finanzleute den Kriegführenden auf dem Balkan Geldmittel liefern.

Staatssekretär Sir Edward Grey erwiderte:

„Die Antwort lautet: Nein! Ich glaube, daß es in solchen Fällen üblich ist, die Finanzleute ihren eigenen Weg gehen zu lassen.“